

Pressemitteilung zur IPE-Studie

Wie Emissionsregulierung Arbeitsplätze gefährden kann

Auswirkungen der CO₂-Emissionsregulierung für Neu-Pkw in der EU

Strenge CO₂-Emissionsziele können Wettbewerbsfähigkeit europäischer Autohersteller einschränken – ca. 130.000 Arbeitsplätze bis 2030 in Gefahr

- > **Studie von dem IPE Institut für Politikevaluation in Kooperation mit Roland Berger: CO₂-Ziele der EU stellen die Automobilindustrie vor große Herausforderungen**
- > **Umfangreiche Investitionen in Forschung & Entwicklung zur Erreichung der Emissionsziele können zu Budgetkürzungen in anderen Unternehmensbereichen führen**
- > **Regulatorische Überlegungen gefährden bis 2030 rund 130.000 Arbeitsplätze in der europäischen Automobilindustrie**

Frankfurt, September 2016: Die Europäische Kommission hat sich zum Ziel gesetzt, die Treibhausgasemissionen in der EU bis 2030 schrittweise um 30% im Vergleich zu 2005 zu reduzieren. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf dem Transportsektor, der in Europa rund 25% der CO₂-Emissionen produziert; davon entfallen 43% auf Pkw. Dieses ambitionierte Ziel stellt den Automobilssektor vor große Herausforderungen und könnte gravierende ökonomische Folgen nach sich ziehen. In ihrer Studie *"Wie Emissionsregulierung Arbeitsplätze gefährden kann – Auswirkungen der CO₂-Emissionsregulierung für Neu-Pkw in der EU"* untersucht das IPE Institut für Politikevaluation in Kooperation mit der Unternehmensberatung Roland Berger die möglichen Auswirkungen der Emissionsregulierung auf die Arbeitsplatzsituation im europäischen Automobilssektor bis 2030.

"Die europäische Industrie muss umweltschonender und energieeffizienter wirtschaften, das steht außer Frage", sagt Prof. Dr. Ashok Kaul, wissenschaftlicher Leiter des IPE Institut für Politikevaluation. "Allerdings sollte Europa eine Überregulierung vermeiden, die die europäische Automobilindustrie schwächen und wettbewerbsfähige und gut entlohnte Arbeitsplätze gefährden könnte."

Umfangreiche und kurzfristige Investitionen nötig

Um die ambitionierten CO₂-Ziele umzusetzen, wird es bei den Unternehmen der Automobilindustrie zu Verschiebungen bei den Investitionsbudgets kommen: Gelder für Innovationen wie autonomes Fahren oder Connectivity werden abgezogen, um mehr in die Entwicklung emissionsarmer Verbrennungsmotoren investieren zu können. "Die strenge Regulierung zwingt die Hersteller zu umfangreicheren und kurzfristigeren Investitionen, die die Gewinnmargen unter Druck setzen könnten", so Dr. Thomas Schlick, Partner von Roland Berger. "Das würde wiederum zu Kürzungen von wettbewerbsrelevanten Investitionsbudgets in anderen

Unternehmensbereichen führen." Zudem müssen OEMs investitionsintensive Elektrofahrzeuge auf den Markt bringen, um die gesteckten Emissionsziele zu erreichen. Auf der Produktionsseite bedeutet das weitere Investitionen, um Anlagen zu ersetzen oder umzurüsten. Neben den Kapitalkosten steigen außerdem die Materialkosten, um die ehrgeizigen Emissionsziele in der EU überhaupt erreichen zu können. Um die globale Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Automobilsektors zu sichern, werden Hersteller und Zulieferer die entstehenden Kosten an anderen Stellen einsparen. Signifikante Arbeitsplatzverluste können die Folge sein.

Auswirkungen auf Arbeitsplätze in der Automobilindustrie – zwei Szenarien

Aktuell beschäftigt die europäische Automobilindustrie 2,2 Millionen Menschen. Anhand von zwei Szenarien analysieren die Experten des IPE mögliche Arbeitplatzeffekte in der europäischen Automobilindustrie, die durch die Verschärfung der Pkw-Emissionsrichtlinien entstehen könnten.

Szenario A beinhaltet den von der EU für 2021 geforderten Wert von 95 Gramm CO₂ je gefahrenen Kilometer (g CO₂/km) für neu zugelassene Pkw sowie fiktive Werte für 2025 und 2030 von 75 bzw. 55 g CO₂/km. Szenario B setzt hingegen moderatere, fiktive Werte von 102 g CO₂/km für 2021, 90 g CO₂/km für 2025 und 80 g CO₂/km für 2030 voraus.

Die IPE-Experten prognostizieren, dass im strengeren Szenario A im Vergleich zum moderateren Szenario B in Europa rund 30.000 Arbeitsplätze bis 2021 gefährdet sind. Bis 2025 könnten sogar bis zu 64.000 Arbeitsplätze in Europa verloren gehen. Erließe die Europäische Kommission ein Emissionsziel von 55 g CO₂/km bis 2030, so sind bis dahin sogar 134.000 Arbeitsplätze in Gefahr. "Die Ergebnisse zeigen, dass Europa durch moderatere CO₂-Ziele bessere Ergebnisse erreichen könnte und dieser Ansatz damit betriebs- und volkswirtschaftlich sinnvoller wäre", fasst Prof. Dr. Kaul zusammen.

Hier können Sie die Studie herunterladen:
<http://www.ipe-saarland.de/deutsch/news/>

IPE Institut für PolitikEvaluation

Das IPE Institut für PolitikEvaluation ist ein Dienstleister für wissenschaftsfundierte Politik- und Unternehmensberatung auf Basis empirischer (insbesondere statistischer und ökonomischer) wirtschaftswissenschaftlicher Methoden.

Bitte wenden Sie sich für weitere Informationen an:

*Prof. Dr. Ashok Kaul
Wissenschaftlicher Leiter
IPE Institut für Politikevaluation GmbH
Walther-von-Cronberg-Platz 6
60594 Frankfurt am Main
Email: a.kaul@ipe-evaluation.de
www.ipe-evaluation.de*